



Allgemeine Einkaufsbedingungen (AEB)

juwi AG · Energie-Allee 1 · 55286 Wörrstadt · für alle Gesellschaften der juwi-Gruppe

1. Vertragsgrundlagen

1.1 Die nachstehenden Einkaufsbedingungen gelten für **Lieferungen und Leistungen aller Art** an bzw. für Gesellschaften der juwi-Gruppe (dies sind alle gem. §§ 15 AktG mit der juwi AG verbundenen Unternehmen, fortfolgend auch „**Auftraggeber**“ genannt).

1.2 Hiervon abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Geschäfts- oder Lieferbedingungen des Verkäufers, Unternehmers oder sonstigen Auftragnehmers (nachfolgend auch „**Auftragnehmer**“ genannt) werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, wie der Auftraggeber ihrer Geltung **ausdrücklich schriftlich zugestimmt** hat. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall auch dann, wenn der Auftraggeber in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers dessen Lieferungen oder Leistungen vorbehaltlos annimmt.

1.3 Soweit der Auftragnehmer Werkleistungen erbringt, ist er verpflichtet, die im Internet unter <https://www.juwi.de/download#12485> (Downloads / Dokumente für Geschäftspartner) abrufbaren „Fremdfirmenrichtlinie Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz“ in ihrer jeweiligen Fassung zu beachten und in bestätigter Form an den Auftraggeber zurückzuschicken.

1.4 Soweit der Auftragnehmer Maschinen, Anlagen und Geräte liefert, ist er verpflichtet, die im Internet unter <https://www.juwi.de/downloads#12485> (Downloads / Dokumente für Geschäftspartner) abrufbaren „Anforderung an Maschinen, Anlagen und Geräte“ in ihrer jeweiligen Fassung zu beachten.

1.5 Der Auftraggeber orientiert sich an einem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung, welches den Bedürfnissen der jetzigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden. Entsprechende Anforderungen stellt der Auftraggeber an die Auswahl und Bewertung seiner Auftragnehmer

2. Vertragsabschluss

Angebote und Bestellungen sowie deren Änderungen oder Ergänzungen sowie andere im Zusammenhang mit einem Vertragsabschluss getroffene Vereinbarungen (zusammen nachfolgend auch „**Bestellungen**“) sind nur verbindlich, wenn sie vom Auftraggeber schriftlich erteilt oder bestätigt werden. Dies gilt auch für eine Vereinbarung über die Aufhebung der Schriftform.

3. Unzulässige Werbung

Ohne ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers ist es dem Auftragnehmer nicht gestattet, Angebote, Bestellungen sowie Markenzeichen des Auftraggebers (z.B. Logos) zu Referenz- oder Werbezwecken zu benutzen.

4. Weitergabe von Bestellungen, Nachunternehmer

4.1 Ohne ausdrückliche vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers dürfen Bestellungen nicht Dritten übertragen werden oder Nachunternehmer mit der Vertragserfüllung, insgesamt oder teilweise, beauftragt werden.

4.2 Beauftragt der Auftragnehmer Nachunternehmer, so stellt er den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen frei, die gegenüber dem Auftraggeber wegen Verstoßes dieser Nachunternehmer gegen die Bestimmungen des AEntG geltend gemacht werden. Der Auftragnehmer übernimmt im Innenverhältnis zum Auftraggeber insbesondere die Verpflichtungen, welche Auftraggeber und Auftragnehmer gemäß § 14 AEntG treffen, allein und in vollem Umfang. Gleiches gilt bei der Beauftragung von Verleihern nach dem AÜG im Hinblick auf Ansprüche der Sozialkassen gemäß § 28e Abs. 3a) bis f) SGB IV.

4.3 Leistet der Auftraggeber Zahlungen an den Auftragnehmer, die zur Befriedigung von Forderungen von Nachunternehmern des Auftragnehmers bestimmt sind, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese Zahlungen bestimmungsgemäß dafür zu verwenden, sofern er keine Einreden oder Einwendungen bei Fälligkeit der Forderung des Nachunternehmens geltend machen kann und/oder kein Zahlungsverbot besteht. Eine andere Verwendung ist nur bis zu dem Betrag statthaft, in welchem der Nachunternehmer aus anderen Mitteln des Auftragnehmers bereits befriedigt ist. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf Anforderung die bestimmungsgemäße Verwendung der Zahlungen nachzuweisen

5. Einhaltung von Fristen und Terminen, Vertragsstrafe

5.1 Können die in einer Bestellung genannten und vom Auftragnehmer bestätigten Fristen und Termine nicht eingehalten werden, hat er den Auftraggeber hiervon, vom Hinderungsgrund und von dessen voraussichtlicher Dauer, rechtzeitig zu unterrichten. Die gesetzlichen Verzugsansprüche des Auftraggebers werden dadurch nicht berührt.

5.2 Vorzeitige Lieferungen und Leistungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

5.3 Soweit nicht anders vereinbart und unbeschadet sonstiger Rechte, insbesondere der Möglichkeit, einen höheren tatsächlichen Schaden geltend zu machen, ist der Auftraggeber bei Verzug des Auftragnehmers berechtigt, für jeden Werktag des Verzugs als Vertragsstrafe 0,3 %, insgesamt jedoch höchstens 5 % der Nettoschlussrechnungssumme zu verlangen. Der Nachweis eines höheren Schadens bleibt dem Auftraggeber vorbehalten. Die Vertragsstrafe wird auf einen etwaigen höheren Schadensersatzanspruch angerechnet. Ist eine Vertragsstrafe angefallen, ist der Auftraggeber berechtigt, mit dieser gegen den Betrag aus der Schlussrechnung aufzurechnen. Dem Auftragnehmer ist der Beweis eines geringeren Schadens gestattet.

6. Verschiebung der Annahme, Entgegennahme oder Abnahme von Lieferungen und Leistungen

In Fällen höherer Gewalt und bei Streik, Aussperrung, Betriebsstörung und sonstigen vom Auftraggeber nicht zu beeinflussenden Ereignissen, ist der Auftraggeber berechtigt, die Annahme der Lieferung bzw. Entgegennahme oder, bei Werkleistungen, die Abnahme Leistung um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen.

7. Teil-, Mehr- oder Minderlieferungen/-leistung

7.1 Teillieferungen oder Teilleistungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

7.2 Der Auftraggeber behält sich vor, Mehrlieferungen oder Mehrleistungen nur in Einzelfällen anzuerkennen. Die bloße Annahme oder Entgegennahme von Mehrlieferungen oder Mehrleistungen stellt kein Anerkennung ihrer Bestellung oder Billigung dar.

8. Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall

8.1 Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Lieferung oder die Fertigstellung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber dem Auftraggeber gefährden, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder einzutreten droht.

8.2 Unbeschadet seiner gesetzlichen Rechte ist der Auftraggeber berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der dem Auftraggeber die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Die Beendigung erfolgt im Falle von Dauerschuldverhältnissen durch Kündigung, andernfalls durch Rücktritt vom Vertrag. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von 8.1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

9. Anlieferung, Versand, Verpackung, Entladung/Entpackung

9.1 Der Auftragnehmer oder seine Nachunternehmer sollen nur solche Mitarbeiter zur Vertragserfüllung einsetzen, die in der Lage sind, übliche Sicherheitsein- oder -unterweisungen zu verstehen und zuverlässig zu befolgen sowie Weisungen des Betriebspersonals des Auftraggebers Folge zu leisten. Der Auftraggeber behält sich vor, Mitarbeitern des Auftragnehmers oder seiner Nachunternehmer den Zugang oder die Zufahrt zur Empfangsstelle zu verweigern, sofern begründete Zweifel daran bestehen, dass die Sicherheitsein- oder -unterweisung verstanden wurde bzw. befolgt wird und/oder Weisungen des Betriebspersonals befolgt werden, insbesondere wegen unzureichender Sprachkenntnisse.

9.2 Der Versand von Lieferungen hat mit angemessener, transportfähiger Verpackung frachtkosten-, verpackungskosten-, versicherungskosten- und gebührenfrei auf Gefahr des Auftragnehmers an die vom Auftraggeber genannte Empfangsstelle zu erfolgen. Die Empfangsstelle kann von der Rechnungsanschrift oder dem Sitz der Gesellschaft abweichen. An der Empfangsstelle ist die Lieferung auf Gefahr des Auftragnehmers nach Weisung des Auftraggebers zu entladen und zu entpacken oder zur Entladung/Entpackung bereitzustellen und dem Auftraggeber zu übergeben.

10. Urheberrecht, Designschutz

Für urheber- oder designrechtlich geschützte Werke gilt das Folgende: Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber an dem vertragsgegenständlichen Werk ein ausschließliches Recht zur Nutzung im Hinblick auf alle bekannten und zur Zeit des Vertragsschlusses noch unbekanntem Nutzungsarten ein. Hierzu überträgt der Auftragnehmer zeitlich und räumlich unbeschränkt sämtliche ihm an dem geschaffenen Werk zustehenden urheberrechtlichen Nutzungsrechte als exklusive Rechte an den Auftraggeber. Die Rechtsübertragung erfolgt inhaltlich unbeschränkt und umfasst insbesondere:

- das Recht zur Vervielfältigung auf allen bekannten Datenträgern auch auf anderen als den ursprünglich verwendeten Trägern sowie das Recht zur beliebigen Verbreitung des Werks durch alle technischen Systeme, auch durch solche, die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch nicht bekannt sind,
- das Recht zur Verbreitung und Ausstellung
- das Recht zur öffentlichen Wiedergabe des Werkes,
- das Recht zur Bearbeitung, Umgestaltung und Erweiterung des Werkes,
- das Recht zur Übertragung in andere Werkarten,
- das Recht, das Werk oder Teile davon in elektronische Datenbanken und Datennetze einzuspeisen und gegen Entgelt oder unentgeltlich mittels digitaler oder analoger Speicher oder Übertragungstechnik über Kabel, Satellit, elektronische Daten-Telefondienste, Onlinedienste oder andere Übertragungswege auf Abruf zur weiteren Vervielfältigung, Weiterübertragung und/oder Speicherung und interaktiven Nutzung mittels Computer oder sonstigen Empfangsgeräten an Nutzer zu übertragen (Datenbank- und Telekommunikationsrecht) zu kommerziellen ebenso wie zu nicht kommerziellen Zwecken.

Der Auftragnehmer erklärt bereits heute seine Einwilligung in die vollständige oder teilweise Veröffentlichung des geschaffenen Werks durch den Auftraggeber. Im Fall bislang unbekannter Nutzungsarten ist der Auftragnehmer innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme der neuen Nutzungsart über die Verwertung in Kenntnis zu setzen.

11. Rechnungslegung, Zahlung

11.1 Rechnungen sind, soweit nicht abweichend vereinbart, nach vollständiger Lieferung bzw. Erbringung oder, im Falle von Werkleistungen, nach Abnahme der Leistung für jede Bestellung gesondert, jeweils unter Angabe der Bestellnummer und dem Bestelldatum einzureichen.

11.2 Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen netto, innerhalb 14 Tagen mit 3 % Skonto. Die Zahlungs- und Skontofrist beginnen mit Rechnungseingang, jedoch nicht vor vollständiger Lieferung, Erbringung der Leistung oder, im Falle von Werkleistungen, erfolgter Abnahme. Sofern Dokumentationen oder ähnliche Unterlagen zum Leistungsumfang gehören, beginnt die Frist erst mit deren vertragsgemäßer Übergabe.

11.3 Die vereinbarten Preise sind Nettopreise.

11.4 Mahnungen des Auftragnehmers können nur bearbeitet werden, wenn diese unter Angabe der Bestellnummer und des Bestelldatums eingereicht werden.

12. Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung

12.1 Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen, rechtskräftig festgestellten, oder entscheidungsreifen Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.

12.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften des der juwi Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen den Auftraggeber oder eine andere Gesellschaft des der juwi Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Konzernunternehmen erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.

12.3 Der Auftragnehmer darf seine Forderungen gegen den Auftraggeber nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers abtreten oder Dritten zur Einziehung überlassen.

13. Gefährübergang, Mängelrüge

13.1 Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung geht bei Lieferung erst mit Übergabe der Ware an der vom Auftraggeber angegebenen Empfangsstelle über. Sind Werkleistungen zu erbringen, geht die Gefahr erst nach erfolgter Abnahme über.

13.2 Festgestellte offene Mängel werden dem Auftragnehmer innerhalb von 14 Tagen nach Übergabe schriftlich angezeigt. Verdeckte Mängel werden innerhalb von 14 Tagen nach Entdeckung schriftlich mitgeteilt. Zur Einhaltung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung der Mängelanzeige.

14. Mängelansprüche

14.1 Der Auftragnehmer leistet Gewähr für die Mängelfreiheit der Lieferung oder Leistung, sowie dafür, dass die Lieferung oder Leistung dem Verwendungszweck, dem Stand der Technik zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses und den allgemein anerkannten technischen und arbeitsmedizinischen Sicherheitsbestimmungen von Berufsgenossenschaften und Fachverbänden sowie den Richtlinien von Behörden entspricht und im Einklang mit den jeweils geltenden Umweltschutzbestimmungen steht.

14.2 Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber spätestens bei Erbringung der Lieferung oder Leistung die für die Lieferung oder Leistung marktüblichen Prüfzeugnisse sowie die im Rahmen der Ausgangskontrolle gefertigten Protokolle und Zeugnisse zur Verfügung.

14.3 Sinn, der in den vorstehenden Ziff. 14.1 und 14.2 enthaltenen Qualitätssicherungsvereinbarungen ist, dass die Qualitätsprüfung auf den Auftragnehmer verlagert wird. Deshalb ist der Auftraggeber von den Verpflichtungen nach § 377 HGB (Untersuchungs- und Rügepflicht) befreit und muss dementsprechend nicht die ansonsten üblichen Qualitätskontrollen (Wareneingangskontrollen) durchführen. Hiervon ausgenommen sind die Lieferung nicht bestellter Lieferungen und Leistungen (Identitätsmängel), erkennbare Transportschäden (z. B. schlechter Zustand der



Verpackung) sowie sonstige offensichtliche Mängel, die bei Erbringung der Lieferungen und Leistungen durch Augenschein wahrnehmbar sind.

14.4 Die gesetzlichen Mängelansprüche stehen dem Auftraggeber ungekürzt zu.

14.5 Der Auftraggeber ist berechtigt, Rücktritt und/oder Schadenersatz auch in den Fällen geltend zu machen, in denen die Pflichtverletzung nur unerheblich ist.

14.6 Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist nicht nach, ist der Auftraggeber zur Selbstvornahme auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers berechtigt und kann hierfür einen Vorschuss verlangen. Eines weiteren Hinweises bedarf es dazu nicht.

14.7 Es gilt die jeweilige gesetzliche Verjährungsfrist für Mängelansprüche, sofern nicht der Vertrag eine längere Frist vorsieht. Sie beginnt bei Lieferungen mit dem Eintreffen der vollständigen Lieferung an der vom Auftraggeber genannten Empfangsstelle, bei Werkleistungen nach erfolgter Abnahme, bei sonstigen Leistungen mit ihrer vollständigen Erbringung.

15. Haftung / Produkthaftung

15.1 Für alle Schäden, die dem Auftraggeber oder Dritten im Zusammenhang mit dem Vertrag durch den Auftragnehmer oder seine Erfüllungsgehilfen zugefügt werden, haftet der Auftragnehmer, soweit nicht abweichend vereinbart, nach den gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber insoweit von Ansprüchen, die von Dritten gegen ihn erhoben werden, frei.

15.2 Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Ansprüchen frei, die an ihn gestellt werden, weil durch Lieferungen des Auftraggebers Personen- oder Sachschaden entstanden ist, wenn dieser Schaden auf einen Fehler des Auftragnehmers in der Konstruktion, Produktion oder auf eine Verletzung seiner Kontroll-, Instruktions- oder Produktbeobachtungspflichten zurückzuführen ist.

16. Schutzrechte Dritter

Der Auftragnehmer haftet, wenn durch die Benutzung der Liefergegenstände Patente oder Schutzrechte Dritter verletzt werden und stellt den Auftraggeber von allen Ansprüchen frei, die an ihn oder seine Kunden wegen der Verletzung gestellt werden und trägt alle damit verbundenen Kosten.

17. Vertraulichkeit

17.1 Der Auftragnehmer ist dazu verpflichtet, alle Geschäftsgeheimnisse sowie andere, nicht öffentlich bekannte, Informationen, Kenntnisse und Erfahrungen, die er im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung des Vertrages erlangt hat bzw. erlangen wird, unabhängig davon, ob sie als Geschäftsgeheimnis im Sinne des Geschäftsgeheimnisgesetzes gelten, vertraulich zu behandeln. Er verpflichtet sich, diese lediglich im Rahmen der Durchführung des Vertrages zu verwenden und sie im Übrigen sowohl während der Dauer des Vertrages als auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers weder zu verwerten noch Dritten mitzuteilen.

17.2 Von den Verpflichtungen nach Ziff. 17.1 ausgenommen sind lediglich Daten und sonstige Informationen, die aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen oder gerichtlichen oder behördlichen Anordnungen offengelegt werden müssen. In diesen Fällen wird die Offenlegung des Auftraggebers unter Angabe von Inhalt und Umfang unverzüglich schriftlich angezeigt.

18. Datenschutz / Datenspeicherung

18.1 Der Auftragnehmer leistet Gewähr, dass er sämtliche geltenden Datenschutzgesetze, namentlich die EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und das Bundesdatenschutzgesetz 2018 (BDSG) befolgt und dass er alle nach geltendem Gesetz erforderlichen Genehmigungen bezüglich personenbezogener Daten eingeholt hat. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber im Hinblick auf alle Kosten, Ansprüche, Haftung und Forderungen entschädigen, die dem Auftraggeber im Hinblick auf eine Verletzung dieser Gewährleistung entstehen.

18.2 Der Auftragnehmer erklärt hiermit, dass er die „Hinweise zur Datenverarbeitung für Kunden, Lieferanten und andere Betroffene“ des Auftraggebers (http://www.juwi.de/fileadmin/user_upload/01_Downloads/Hinweise_zur_Datenverarbeitung_fuer_Kunden_und_Lieferanten_und_andere_Betroffene.pdf) erhalten und zur Kenntnis genommen hat. Der Auftragnehmer verpflichtet sich hiermit für den Fall, dass der Betroffene nicht zugleich

der Auftragnehmer ist, diese „Hinweise zur Datenverarbeitung für Kunden, Lieferanten und andere Betroffene“ an die Betroffenen weiterzugeben, die im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses mit dem Auftraggeber Kontakt haben werden.

18.3 Sofern der Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses als Auftragsverarbeiter im Sinne des Art. 28 DSGVO bzw. des § 62 BDSG (2018) tätig wird, werden Auftragnehmer und Auftraggeber zuvor eine den gesetzlichen Vorgaben genügende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung abschließen. Für den Ersatz von Schäden, die eine Person wegen einer unzulässigen oder unrichtigen Datenverarbeitung im Rahmen des Auftragsverhältnisses erleidet, haften Auftraggeber und Auftragnehmer als Gesamtschuldner. Der Auftragnehmer trägt die Beweislast dafür, dass ein Schaden nicht Folge eines von ihm zu vertretenden Umstandes ist, soweit die relevanten Daten unter dieser Vereinbarung erarbeitet wurden. Solange dieser Beweis nicht erbracht wurde, stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber auf erste Anforderung von sämtlichen Ansprüchen frei, die im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung gegen den Auftraggeber erhoben werden. Der Auftragnehmer haftet für Schäden, die der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter bzw. die von ihm mit der Vertragsdurchführung Beauftragten oder die von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung der beauftragten vertraglichen Leistung schuldhaft verursachen.

18.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nur Mitarbeiter einzusetzen, die auf das Datengeheimnis gemäß § 53 BDSG (alt) oder zur Wahrung der Vertraulichkeit im Sinne der DSGVO verpflichtet wurden und diese Verpflichtung auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Auftragnehmer gilt.

18.5 Eine Weitergabe personenbezogener Daten des Auftraggebers bzw. Betroffener durch den Auftragnehmer an Dritte (einschließlich von Sub-/Nachunternehmern) bedarf ungeachtet der gesetzlichen Voraussetzungen in jedem Fall der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Sub-/Nachunternehmer nur dann mit der Verarbeitung von personenbezogenen Daten des Auftraggebers bzw. von Betroffenen zu betrauen, wenn diese sich zuvor schriftlich in gleicher Weise wie der Auftragnehmer zur Einhaltung der Verpflichtungen nach dieser Ziffer 18 verpflichtet haben.

18.6 Soweit der Auftragnehmer IT-Leistungen erbringt, ist er verpflichtet, die im Internet unter <https://www.juwi.de/downloads#c12485> (Downloads / Dokumente für Geschäftspartner) abrufbare „Sicherheitsrichtlinie für Informationssicherheit und Datenschutz für IT-Fremddienstleister“ in ihrer jeweiligen Fassung zu beachten.

19. Compliance-Richtlinien

19.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet die im Internet unter www.juwi.de/downloads#c12485 (--> Dokumente für Geschäftspartner) veröffentlichten „Compliance-Richtlinien für Rechtsgeschäfte mit Unternehmen der juwi-Gruppe“ in ihrer jeweiligen Fassung zu beachten

23. Schlussbestimmungen

23.1 Falls einzelne Bestimmungen dieser Einkaufsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein sollten oder werden, so bleibt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Für diesen Fall verpflichten sich die Vertragsparteien, die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch rechtlich zulässige Vereinbarungen zu ersetzen. Im Falle einer Lücke gilt eine solche Bestimmung als vereinbart, von der unter Würdigung des Vertrages im Übrigen anzunehmen ist, die Parteien hätten sie vereinbart, wenn sie sich der Lücke bewusst gewesen wären.

23.2 Erfüllungsort für Lieferungen und Leistungen ist die vom Auftraggeber genannte Empfangsstelle. Erfolgt keine Angabe der Empfangsstelle ist Erfüllungsort der Sitz des Auftraggebers.

23.3 Gerichtsstand ist soweit gesetzlich zulässig - der Sitz des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann den Auftragnehmer jedoch auch an seinem allgemeinen Gerichtsstand verklagen.

23.4 Ergänzend zu diesen Einkaufsbedingungen gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Verweisungsnormen nach dem Internationalen Privatrecht. Die Anwendung der jeweils gültigen Fassung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über internationale Warenkaufverträge ist ausgeschlossen